



Niederschrift über die
Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Die Ausschussmitglieder:	Kreisräte/innen:	
-	Jenner-Wanek, Schaal, Dr. von Pollern	(CDU)
-	Kelemen (ab 14.35 Uhr)	(SPD)
-	Jud, Löffler	(Freie Wähler)
-	Brodersen	(Grüne)
-	Goll	(FDP-FW)
Stv. Ausschussmitglieder:	Voral	(SPD)
Entschuldigte Ausschussmitglieder:	Bauer	(SPD)
Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Rall, Rook, Trautner, Waizel, Windmüller	
Die stv. Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Piechot	
Die beratenden Mitglieder:	Krauß, Häufele, Puschina	
Die stv. beratenden Mitglieder:	Wisgott	-
Entschuldigt:	Gugeller-Schmieg, Schanbacher, Dr. Reuter, Dippon, Breitenstein, Dr. Düsterhöft	-
Ferner:	Sozialdezernentin Bittinger	-
	Kreisjugendamtsleiterin Stock	
	Kreiskämmerer Geißler	
	Frau Nonnenmacher, Fachbereich Jugendarbeit, Jugendarbeits-Leasing	(Top 2)
	Herr Belz, Kriminalhauptkommissar/Fachkoordinator Jugendkriminalität	(Top 4)
	Herr Aust, Jugendgerichtshelfer Schorndorf	(Top4)
-	Weitere Mitarbeiter/innen	-
-		-

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Seite 2

Öffentlich

Die Schriftführerin:	Presse Kreisamtfrau Bareiß	-
----------------------	-------------------------------	---

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 16:50 Uhr

§ 1Neukonzeption Fachstelle RechtsextremismusDrucksache 2017/057

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass man sich bei einer nochmaligen Beratung im Fachbeirat am 01.02.2017 einstimmig auf den Inhalt der Neukonzeption geeinigt habe. Auf Grund des Antrags der CDU-Fraktion stehe noch die Bezeichnung der Fachstelle zur Diskussion. Entsprechend der heutigen Entscheidung werde der Beschluss als Vorschlag in den Kreistag am 24.04.2017 gehen. Deshalb wolle man die Beschlussfassung aufsplintern und zunächst nur den Inhalt der Neukonzeption zur Diskussion stellen.

Jugendamtsleiterin Stock fasst die Entwicklungen der letzten Jahre zusammen. Seit 2013 sei und bleibe der Rechtsextremismus im Landkreis präsent. Auch sie betont den einstimmigen Konsens im Fachbeirat, was den Inhalt der Neukonzeption anbelange.

Landrat Dr. Sigel bemerkt, die Kommunale Kriminalprävention sei in der Neukonzeption verankert.

Der Ausschuss beschließt einstimmig Ziffer 1 des modifizierten Beschlussvorschlags:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. der Neukonzeption der Fachstelle Rechtsextremismus wird inhaltlich in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

§ 1.1Namensgebung CDU Antrag

Kreisrätin Jenner-Wanek nimmt zum Antrag der CDU-Fraktion auf Umbenennung der Fachstelle wie folgt Stellung: Man freue sich, dass der Antrag vom 14.04.2015 einen so intensiven Prozess ausgelöst habe. Ursprüngliches Bestreben sei es gewesen, darauf hinzuweisen, dass einem im Rems-Murr-Kreis nicht nur rechtsextremistische Strömungen Sorge bereite, sondern überhaupt extreme Richtungen und diese extremen Ströme in verschiedene Richtungen gingen. Inzwischen wissen man, dass es nicht nur links- und rechtsextreme Tendenzen gebe, sondern auch Auffälligkeiten und Bedrohungen in anderen Bereichen wie z. B. des Islamismus. Die vorgestellten Zahlen seien von 2015, d.h. die politische Landschaft sei da noch etwas anders gewesen. 2015/2016 habe sich etwas in der Struktur der Bevölkerung verändert. Herr Ralf Michelfelder habe in seinem Artikel in der Waiblinger Kreiszeitung dies sehr gut mit einem Satz geprägt: „Wer Probleme lösen will, muss sie benennen und zwar alle Probleme sollte man benennen.“ Niemand bestreite, dass es rechtsextreme Taten gebe, aber auch Linksextremismus gebe es, der sich z. B. auch in Gewalt gegen Polizisten und staatliche Einrichtungen niederschlage. Die CDU-Fraktion wolle klarstellen, dass jegliche Gewalt und jeglicher Extremismus, der die Demokratie bedrohe, bekämpft werden müsse, auch schon im Vorfeld. Daher sei es unerklärlich, dass dies im Namen der Fachstelle nicht zum Ausdruck komme. Gerade in der jetzigen schwierigen Situation mit den politischen Gegebenheiten möchte die CDU-Fraktion eine klare Linie zeigen. Für die CDU-Fraktion sei es wichtig, dass die Bürger sich sicher fühlten, und dazu gehöre eine Stelle, die Extremismus in jeglicher Art neutralisiere und bekämpfe. Die CDU-Fraktion stelle daher den Antrag, die Fachstelle wie vorgeschlagen mit „Demokratieförderung und Extremismusprävention“ zu benennen. Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe man sich darauf verständigt, man könne sich auch vorstellen, dass es nur „Stelle für Extremismusprävention“ heiße. Man verstehen nicht, dass man sich mit der Namensgebung so in eine Richtung festlege. Ziel sei es, alle extremen Strömungen zu bekämpfen.

Kreisrat Kelemen sagt, auch für ihn sei es unstrittig, dass man jegliche Art extremistischer Strömungen bekämpfen wolle. Trotz allem verstehe er den Antrag der CDU-Fraktion nicht. Für ihn stelle dies eine Verwässerung der Tatsachen dar und er habe kein Verständnis, dass man wegen einem Wort so in die Diskussion gehe. Die SPD-Fraktion stehe ausdrücklich hinter dem Vorschlag des

Fachbeirats und das Wort „Rechts“ müsse Bestandteil des Namens bleiben, weil genau hier der Schwerpunkt liege.

Kreisrätin Löffler führt für die FDP-FW-Fraktion aus: Nach eingehender Diskussion in der Fraktion und nachdem Kreisrat Hinderer, Mitglied im Fachbeirat, ausführlich über die Beratung und die Gründe sowohl für die Konzeption als auch für die Bezeichnung der Fachstelle informiert habe, unterstütze die FDP-FW-Fraktion die Namensvariante mit „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“. Dass der Begriff Rechtsextremismus explizit im Titel erscheine, habe historische Gründe und solle auch dort verbleiben. Auch sei „Rechts“ nach wie vor virulent. Man traue der Fachstelle allerdings durchaus zu, sowohl das rechte Auge als auch das linke Auge offen zu haben und mit beiden auf sämtliche Formen des Extremismus zu schauen, die im Kreis unterwegs seien und in Zukunft noch auftauchen würden. Für die FDP-FW-Fraktion spiegle sich eine solche Haltung im Begriff Demokratieförderung wieder, der im Titel an erster Stelle stehe. Auch sei durch die jährliche Evaluation eine aktuelle Ausrichtung der Arbeit der Fachstelle gewährleistet. Beim Thema Demokratieförderung, wünsche man sich eine bisschen mehr Information – Prävention in den Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen, in den Regionen, die durch entsprechende Wahlergebnisse herausstechen – dies sei als Anregung zu verstehen.

Herr Rook, Caritas, sagt im Namen der freien Wohlfahrtsverbände, dass man sich beide Namensgebungen vorstellen könne. Im Fachbeirat habe man viel diskutiert und sich abschließend für „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ entschieden. Entscheidend sei vor allem die Demokratieförderung und, dass man gegen Extremismus sowie Menschenverachtung vorgehe.

Kreisrätin Goll ergänzt, sie könne keinen der beiden Namen priorisieren. Entscheidend sei, dass man da eingreife, wo es gerade brenne. Die inhaltliche Umsetzung nicht der Name sei das Entscheidende.

Herr Piechot, Kreisjugendring, sagt, für den Kreisjugendring sei es wichtig, dass man das Kind beim Namen nenne und deshalb müsse es „Rechtsextremismusprävention“ heißen. Ihm sei bewusst, dass man auch nach links schauen müsse und auch werde.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Seite 6

Öffentlich

Kreisrätin Brodersen spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen für „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ aus, auch auf Grund der schmalen personellen Besetzung mit nur einer Person.

Kreisrat Dr. von Pollern erklärt, der Rechtsextremismus in Land und in Europa habe eine schlimme Entwicklung genommen. Allerdings dürfe man die Augen nach links nicht verschließen. Deshalb wolle die CDU-Fraktion, dass durch die Namensgebung beide Richtungen einbezogen werden würden. Maßgeblich sei letztendlich die inhaltliche Ausrichtung. Mit der Bezeichnung „Rechts“ schaffe man nur Märtyrer.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU Fraktion (Ziffer 2a des modifizierten Beschlussvorschlags) mit 11 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen ab:

die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird in „Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention“ umbenannt.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Seite 7

Öffentlich

§ 1.2

Namensgebung

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen (Beschlussvorschlag Ziffer 2 b des modifizierten Beschlussvorschlags):

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag:

2. Die Bezeichnung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ wird in „Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ umbenannt.

§ 1.3Teilplan

Kreisrätin Jenner-Wanek bittet darum, dass man in ca. 1,5 Jahren berichte und aktuelle Zahlen vorlege.

Der Ausschuss beschließt einstimmig Ziffer 3 des modifizierten Beschlussvorschlags:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag:

3. Der Teilplan D10 des Kreisjugendamtes wird entsprechend angepasst.

§ 2Neukonzeption Fachstelle Sozialraumorientierte JugendarbeitDrucksache 2017/059

Landrat Dr. Sigel erklärt, das Jugendarbeitsleasing bestehe seit über zehn Jahre und stelle ein wichtiges Angebot des Fachbereichs Jugendarbeit des Kreisjugendamtes für Kommunen im ländlichen Raum dar. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung sei auch dieser Bereich überprüft worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass das Leasingkonzept veraltet sei und daher konzeptionell neu ausgerichtet werden müsse.

Frau Nonnenmacher, Fachstelle Sozialraumorientierte Jugendarbeit (SoJA), Fachbereich Jugendarbeit, erläutert zunächst die konzeptionellen Neuerungen sowie die Ziele an Hand einer Präsentation (Seite 1-10), die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Brodersen findet es gut, dass die kostenpflichtigen Angebote besser differenziert seien. Bei den kostenfreien Angeboten sehe sie eher eine Verschmälerung. Die ursprüngliche kostenfreie Kurzzeitbedarfsanalyse hätte einen wesentlich größeren Zeitraum umfasst und müsste jetzt, je nach Bedarf, durch kostenpflichtige Angebote ergänzt werden. Ihr gefalle die Bezeichnung „SoJA“ nicht, denn für sie bedeute dies eher „sozial“ als dass es als „Sozialraum“ verstanden werden würde.

Kreisrat Kelemen sieht in den kostenfreien Angeboten den zentralen Punkt und halte diese für sehr gut. Wenn eine Gemeinde darüber hinaus Angebote in Anspruch nehmen wolle, sei ein Stundensatz von 35,00 Euro angemessen. Er sehe in der Konzeption eine gute Chance, die Situation der Jugendlichen im Rems-Murr-Kreis weiter zu verbessern.

Kreisrätin Jenner-Wanek dankt für die vorgelegte Neukonzeption. Sie wolle wissen, mit welchen Kosten die Stelle verbunden ist.

Frau Nonnenmacher antwortet, im Teilplan seien 48.000,00 Euro eingestellt, wobei man mit einer Refinanzierung von rund 50 Prozent rechnen könne.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, auch aus diesem Grund werde man das Berichtswesen hier einführen.

Kreisrätin Löffler sagt, die Angebotserweiterung sei sehr erfreulich, denn es würde den Kommunen den Einstieg in die Jugendarbeit erleichtern. Sie halte den Stundensatz von 35,00 Euro und die geplante Evaluation für positiv.

Kreisrätin Goll hofft, dass die kleineren Gemeinden das Angebot rege in Anspruch nehmen werden. Allerdings könne auch die Stadt Waiblingen dies gut gebrauchen, denn die Jugendarbeit sei schon mit hohen Kosten verbunden. Auch sie spricht sich für den Stundensatz von 35,00 Euro aus.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Die Neukonzeption der Fachstelle SoJA – Sozialraumorientierte Jugendarbeit wird zur Kenntnis genommen.

Der Teilplan C.1.2a des Kreisjugendplans wird entsprechend angepasst.

§ 3Täter-Opfer-Ausgleich - Sachstandsbericht und weiteres VorgehenDrucksache 2017/060

Jugendamtsleiterin Stock erklärt, die seit Juli 2016 vakante Stelle Täter-Opfer-Ausgleich solle zum nächstmöglichen Termin an einen freien Träger der Jugendhilfe vergeben werden. Im Rahmen des Interessensbekundungsverfahrens hätten sich sechs Träger gemeldet, wobei mit drei ab morgen Gespräche geführt werden würden. Im 2. Quartal 2017 erfolge die Vergabe mit zunächst 50 Prozent befristet auf sechs Monate. Die Inanspruchnahme werde evaluiert, um auf der Basis das Angebot auf 100 Prozent zu Erhöhen.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, fragt, warum die Fallzahlen ab 2014 stark rückläufig seien.

Jugendamtsleiterin Stock antwortet, dies sei in erster Linie krankheitsbedingt des damaligen Stelleninhabers zu erklären.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Der Jugendhilfeausschuss nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass die Vergabe der Aufgabe an einen freien Träger durch die Verwaltung erfolgt.

§ 4Bericht zur Jugendkriminalität im Rems-Murr-KreisDrucksache 2017/061

Landrat Dr. Sigel sagt einfürend, dies sei ein Novum, dass die Jugendgerichtshilfe des Kreisjugendamtes sowie die Kriminalpolizei über die Jugendkriminalität im Rems-Murr-Kreis im Ausschuss berichte.

Herr Kriminalhauptkommissar Belz berichtet zur polizeilichen Kriminalstatistik und Kooperation mit dem Kreisjugendamt an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beige-fügt ist.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, sagt, die Kooperation der Polizei mit dem Kreisjugendamt sei überzeugend. Er wünsche sich noch mehr Einbindung der Eltern, da dort das Sorgerecht liege.

Kriminalhauptkommissar Belz meint, wie viele gerichtliche Anordnungen es geben sollte, sei nicht sein Thema. Er habe in die Kompetenzen des Jugendamts volles Vertrauen. Das Jugendamt hätte auch die Eltern im Blick und würde entsprechende Maßnahmen einleiten.

Herr Aust, Jugendgerichtshilfe Schorndorf, berichtet zu den gesetzlichen Grundlagen, zum Konzept und zur Arbeitsweise der Jugendgerichtshilfe an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, will wissen, ob Herr Belz eine Absenkung des Alters bei Strafmündigkeit begrüßen würde.

Kriminalhauptkommissar Belz entgegnet, dies sei nur subjektiv zu beantworten. Er persönlich würde sich für ein paar Extremfälle eine Absenkung des Alters wünschen. Dies sei aber letztendlich eine politische Entscheidung.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

§ 5Umsetzung der Organisationsuntersuchung beim Kreisjugendamt - Beschaffung der Jugend-
amtssoftwareDrucksache 2017/067

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass eines der zentralen Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt die Beschaffung einer neuen Jugendamtssoftware sei. Nun gehe es darum, dies umzusetzen. Die Mittel hierfür seien im Haushalt eingestellt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Kreisjugendamt die Software „Open/WebFM“ zu beschaffen und die hierfür eingestellten Haushaltsmittel einzusetzen.

§ 6Sachstandsbericht über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt
Drucksache

Jugendamtsleiterin Stock erläutert den aktuellen Stand der Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist. Ziel sei es, die neue Struktur zum 01.04.2017 umzusetzen. Für die fünf Stellen in der neu geschaffenen Bereichsleitungsebene seien insgesamt 17 Bewerbungen eingegangen.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass die Standardabweichungen abgesetzt worden seien und man wieder nach Plan arbeite.

Kreisrätin Jenner-Wanek regt an, solche Präsentationen künftig bereits im Vorfeld der Sitzung zu versenden.

Kreisrätin Goll fragt, in wie fern die Kreistagsmitglieder über die neuen Stellenbesetzungen informiert werden würden.

Landrat Dr. Sigel antwortet, der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss erhalte einen Personalbericht über alle im Haus anstehenden Veränderungen. Der Jugendhilfeausschuss als zuständiges Gremium werde im Besonderen über die Besetzungen auf Grund der Organisationsuntersuchung unterrichtet. Unabhängig davon würden stets alle Kreistagsmitglieder sämtliche Vorlagen übersandt bekommen.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, zeigt sich über die neue Aufteilung innerhalb den Fachbereichen erstaunt insbesondere die Zuordnung des Bereichs „Jugendarbeit“.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, diese Aufteilung entsprechen den Empfehlungen von IN/S/O.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Seite 15

Öffentlich

Kreisrat von Pollern erkundigt sich nach der Assistenzbetreuung gemäß §35a SGB VIII über den Landkreis hinweg und hätte hierzu gerne genaue Zahlen bzw. will wissen, wie ein solches Verfahren in der Praxis ablaufe.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, man werde dieses Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen nehmen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

§ 7Verschiedenes

Herr Rook, Caritas, fragt, ob es richtig sei, dass derzeit ein Prüfauftrag bezüglich der Gremien erfolge. Falls dies so sei und die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses betreffe, bitte er um entsprechende Unterrichtung des Ausschusses.

Landrat Dr. Sigel antwortet Herrn Rook, dass derzeit die Arbeitskreise und Kommissionen auf dem Prüfstand seien und im Ältestenrat diskutiert werden würden. Das Ergebnis werde als Gesamtpaket dann zunächst in den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses als zuständiger Ausschuss eingebracht. Selbstverständlich werde man danach auch die weiteren betroffenen Ausschüsse informieren.



Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2017

Seite 17

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß

Die Kreisräte/innen